

Medienmitteilung der Allianz gegen die Ernährungsinitiative vom 13. August 2025

Nein zu Bevormundung und Zwängerei

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament die Ablehnung der Initiative für eine sichere Ernährung (Ernährungsinitiative). Die Allianz gegen die Ernährungsinitiative unterstützt diesen Entscheid. Im Zentrum des Begehrens steht ein massiver Eingriff in den Teller und das Essverhalten. Denn nur mit einem Konsum weitgehend ohne tierische Produkte und damit einem Vegan-Zwang für die Schweizer Bevölkerung liesse sich der geforderte Selbstversorgungsgrad erreichen. Gleichzeitig schwächt die Initiative den inländischen Pflanzenbau. Die Schweizer Lebensmittelproduktion und -versorgung ginge zurück, von «sicherer» Ernährung kann also keine Rede sein.

Der Bundesrat veröffentlichte heute seine Botschaft zur Ernährungsinitiative. Darin empfiehlt er dem Parlament deren Ablehnung ohne Gegenvorschlag. Die Allianz gegen die Ernährungsinitiative begrüsst diesen Entscheid. In der Allianz haben sich verschiedenen Organisationen der Land- und Ernährungswirtschaft, der Gastronomie, dem Handel und dem Berggebiet zusammengetan, um sich gemeinsam für ein Nein zur Ernährungsinitiative zu engagieren. Diese zielt im Widerspruch zu ihrem Namen nicht auf eine sichere Ernährung ab. Im Visier hat sie vielmehr den Konsum von tierischen Lebensmitteln. Denn nur mit einer staatlich verordneten veganen Ernährung der Schweizer Bevölkerung liesse sich ihre Hauptforderung erreichen: 70 Prozent Selbstversorgungsgrad. Korrekterweise müsste sie deshalb «Initiative für eine vegane Ernährung» heissen. Damit gefährdet die Initiative eine ausgewogene Ernährung und bringt den Schweizer Lebensmittelmarkt aus dem Gleichgewicht.

Sie blendet weiter aus, dass auf 70 Prozent unserer landwirtschaftlich genutzten Fläche ausschliesslich Gras wächst. Für die menschliche Ernährung lässt sich dieses nur in Form von Milch oder Fleisch und damit grasfressenden Tiere wie Kühe, Schafe oder Ziegen nutzen. Gleichzeitig schwächt die Initiative das Produktionspotential für pflanzliche Lebensmittel wie Gemüse, Obst, Kartoffeln, Raps, Getreide oder andere pflanzliche Kulturen: Sie macht unsinnige Auflagen ans Saat-, respektive Pflanzgut und dezimiert die für den Pflanzenbau sowie gesunde Böden benötigten Hofdünger.

Der Rückgang der Produktion würde sowohl tierische wie pflanzliche Lebensmitteln aus dem Inland verteuern. Das verschlechtert die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Schweizer Lebensmittelbranche und befeuert den Einkaufstourismus. Die Ernährungsinitiative ist zudem eine Zwängerei. Die Hauptinitiantin Franziska Herren reichte mit der Trinkwasserinitiative vor wenigen Jahren bereits ein sehr ähnliches Begehren ein. Das Stimmvolk lehnte dieses im Juni 2021 mit einem Nein-Anteil von über 60 Prozent ab.

Rückfragen:
Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband, martin.rufer@sbv-usp.ch, Mobile 078 803 45 54
Michel Darbellay, Stv. Direktor Schweizer Bauernverband, michel.darbellay@sbv-usp.ch, Mobile 078 801 16 91,
Dagmar Jenni, Direktorin SWISS RETAIL FEDERATION, dagmar.jenni@swiss-retail.ch, Tel. 031 312 40 40
www.ernaehrungsinitiative-nein.ch